

# Nennen wir es Sozialismus

Diskussionsbeitrag von Antje Feiks und Thomas Dudzak zur Debatte um gesellschaftliche Kämpfe, Realpolitik und das Bedingungslose Grundeinkommen

Die Legitimation einer sozialistischen Partei begründet sich aus ihrem konkreten Mehrwert im Hier und Jetzt, den sie in der Lage ist, für ihre Wählerinnen und Wähler und für all diejenigen, deren Interessen sie vertritt, zu erreichen. DIE LINKE hat sich stets als Lobby derer, die über keine Lobby in der Gesellschaft verfügen, verstanden. Sie will die gesellschaftliche Sozialversicherung in den Parlamenten sein. Dort, wo sie in der Opposition sitzt, konsequent auf Missstände herrschender Politik hinweisen, wo sie regiert, die Situation der Menschen konkret verbessern. Dieser konkrete Mehrwert steht oft in einem Spannungsverhältnis zu den programmatisch über die bestehenden Verhältnisse hinausweisenden Aspekten sozialistischer Politik. In diesem Spannungsverhältnis erfolgreich und wirkungsvoll zu agieren, bleibt eine permanente und unauflösbare Herausforderung.

DIE LINKE hat in der Vergangenheit Themen besetzt, die andere Parteien nicht sehen wollten und bewusst liegen gelassen haben. Die Einführung eines Mindestlohns ist auch ein Erfolg der Ausdauer der LINKEN, ein – zunächst – unbeliebtes und politisch bekämpftes Thema beharrlich in die Öffentlichkeit zu tragen. Das war zum damaligen Zeitpunkt mutig und Widerstände haben uns nicht beirrt.

Nunmehr diskutieren wir das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE). Doch dieses Thema konsequent aufzugreifen scheut sich die Partei seit Jahren. Als Alleinstellungsmerkmal – so viel sei gesagt – taugt dieses sowieso nicht mehr. Die Grünen und SPD diskutieren das Thema genau wie wir. Mit den Piraten wird es am ehesten verbunden. Selbst im Rahmen von Gewerkschaften wird es zum Teil mit positivem Bezug diskutiert. Der Zug einer Alleinstellung ist schlichtweg abgefahren. Die innerparteiliche Auseinandersetzung zum BGE jedoch erscheint dabei symptomatisch für ein Verharren der Partei in bewährten Denkmustern und Lösungsansätzen – sowie im Konfliktfall der Ausarbeitung komplexer Formelkompromisse. Vielleicht auch für mangelnden Mut.

Das Bestehende zu verwalten oder Vergangenes wiederzugewinnen, ist aber nicht die einzige, und schon lange nicht die wichtigste Aufgabe einer sozialistischen Partei. Im Gegenteil. Für den gesellschaftlichen Fortschritt zu stehen, war einst Markenzeichen linker Bewegungen und Parteien. Es gilt, dies im Sinne des Kampfes für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit wiederzugewinnen.

Am Gebrauchswert gemessen sind die Themen, die wir derzeit und schon seit Jahren besetzen, sicherlich gesellschaftlich anknüpfungsfähig, sei es die Ablehnung der Rente mit 67, Mindestlohn, Rekommunalisierung, der Einsatz gegen Prekarisierung oder – so sich die Partei irgendwann doch einmal dazu entschließt – das BGE. Doch all diesen Debatten gemein ist, dass sie die bestehenden Verhältnisse nicht in Frage stellen, sondern vielmehr eine Umverteilung innerhalb des kapitalistischen Systems organisieren. Auch das BGE stellt dabei keine über den Kapitalismus hinausweisende Vision dar, kann als Teil des Systems Umverteilung organisieren und Einkommensverwerfungen begradigen, einen tatsächlich den Marktmechanismen unterworfenen Arbeitsmarkt organisieren und im Niedriglohnsektor dem unbedingten Verwertungszwang arbeitender Menschen entgegenwirken. Es gibt von

Erwerbsarbeit abhängigen Menschen eine neue Macht, im Wettbewerb des Arbeitsmarktes mit gestärkter Verhandlungsposition aufzutreten. Dies sind sicherlich begrüßenswerte Effekte. Die Frage, die wir uns dennoch stellen müssen - und dies ist eine Überlebensfrage: Reicht uns die Begrädigung von Missständen im bestehenden System? Wir meinen: Nein!

DIE LINKE stützt in ihren nach außen wirkenden Forderungen und Debatten mehr einen sozialen Konservatismus und das Prinzip der Lohnarbeit, als Visionen gesellschaftlicher Veränderung zu artikulieren. Dies ist im Sinne der Interessenvertretung und des Mehrwertes im Hier und Jetzt legitim und angemessen, mehr noch: wir sollten darauf ganz prinzipiell nicht verzichten. Doch gerade als sozialistische Partei ist es ihre Aufgabe - neben dem alltäglichen Gebrauchswert - gesellschaftliche Entwicklungen zu antizipieren, eine Vorstellung davon zu entwickeln, wie eine solidarische Gesellschaft jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik aussehen kann. Wir haben nicht nur kaum über die gesellschaftlichen Verhältnisse hinausweisenden konkrete Perspektiven oder „Visionen“, wir haben als Partei auch aufgehört, diese überhaupt zu diskutieren. Wenn dies auf Dauer so bliebe, würde uns das über kurz oder lang die Existenzberechtigung nehmen. Denn die Erwartung an uns ist eine andere.

Der Kapitalismus wird sich nicht von selbst erledigen, das ist ein Trugbild falscher Kapitalismuskritik. Alle Krisen der Vergangenheit waren Krisen im Kapitalismus und nicht des Kapitalismus als System. Die Krise ist dem Kapitalismus systemimmanent. Sie folgt der Logik des freien Marktes und der Marktberreinigung. Die sozialen Verwerfungen, die eine solche Krise produziert, gesellschaftliche Ungleichgewichte, sind aus unserer Sicht mehr als bedauerlich und vor allem für die Betroffenen oftmals in ganz erheblicher Weise problematisch. Keine dieser Krisen hat jedoch den Kapitalismus in seinen Grundfesten erschüttert. Auch der Fingerzeig auf jene, die sich innerhalb dieses Systems eben systemkonform verhalten und auf Kosten anderer bereichern, - eine personalisierte Kapitalismuskritik also - hilft uns nicht weiter. Es ist der Kapitalismus selbst, den wir in Frage stellen müssen. Es ist unsere gemeinsame Vision einer solidarischen Gesellschaft, für die wir Antworten finden müssen. Die Überwindung des Kapitalismus wird nicht Produkt einer Systemkrise sein, die es zu erwarten oder gar abzuwarten gilt. Vielmehr bedarf es eines artikulierten gesellschaftlichen Willens und Handelns, um eine Aufhebung der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu befördern.

Wir wollen über Ansätze eines Lebens in Gleichheit und größtmöglicher Freiheit für alle Menschen reden - über die gleiche Freiheit eines Lebens in Menschenwürde. Eine solche Debatte kann sich nicht innerhalb der logischen Grenzen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, also der Lohnarbeit führen lassen. Die Zukunft der Lohnarbeit liegt immer weniger in der Produktionsarbeit, also im primären und sekundären Sektor. Schon heute wird ein Gutteil der Arbeit in der Dienstleistungsbranche erbracht; unter schlechten Arbeitsbedingungen und schlecht bezahlt. Gerade weil sich Arbeit in den kommenden Jahrzehnten unter dem Fortschrittsdruck von Automatisierung, Digitalisierung und neuer Technologien weiter stark verändern wird, kann der Kampf um das Prinzip der „guten Arbeit“ für uns nur ein notwendiger und akzeptierter Zwischenschritt sein.

Wenn wir eine Partei sein wollen, die nicht im System angekommen ist, die nicht zu den sog. etablierten Parteien gezählt werden und progressiven Protest gegen Ausbeutung und Unterdrückung verkörpern will, dann brauchen wir eine eigene beschreibbare Idee, wie wir uns eine freie und gerechte Gesellschaft vorstellen. Wir brauchen Rückgrat und eine klare

Haltung, die erkennbar wird und den Gedanken der gleichen Freiheit aller in sich trägt. Lauter schreien und dagegen sein reicht dabei bei weitem nicht aus.

Natürlich: Debatten kann man nicht erfinden. Gleichwohl nehmen wir wahr, dass solche – auch über die Grenzen der herrschenden Politik hinausweisenden – Debatten in der Partei und in ihrem Umfeld bereits geführt werden. So hatten wir im Umfeld der Beschlussfassung des Erfurter Programmes – aus berechtigter Kritik der Betonung des Primates der Lohnarbeit im beschlossenen Papier – den Impuls zur Erweiterung des Arbeitsbegriffes im Sinne der Vier-in-Eins-Perspektive.<sup>1</sup> Wir haben diese Debatte damals vertagt. Aber seitdem auch nicht mehr aufgegriffen. In den Schriftenreihen der Rosa-Luxemburg-Stiftung finden sich weitere wichtige und wegweisende Debattenbeiträge. So diskutiert man die Entstehung des digitalen Prekariats,<sup>2</sup> die „Neuerfindung“ der Arbeitsgesellschaft,<sup>3</sup> sowie die Herausforderungen an die politische Linke vor dem Hintergrund eines sozial-ökologischen Umbaus.<sup>4</sup> Selbst im Institut Solidarische Moderne wird parteiübergreifend in einem Crossover-Projekt das Thema „Solidarische Arbeitsverhältnisse“ diskutiert.<sup>5</sup> Die Impulse für Debatten sind also da. Es braucht den Mut, diese Debatten auch in der Partei zu führen.

Wir wollen, dass wir wieder Rahmen für Debatten entwickeln und uns nicht scheuen, Visionen auszugestalten. Und dafür sind Beschlüsse nötig, mit vorausgegangenen innerparteilichen Debatten und Antragsdebatten auch auf Bundesparteitagen. Vielleicht ist dort auch ein wenig weniger Show angemessen und ein wenig mehr Mut, dass wir durch kontroversen Debatten keine Wahlergebnisse vereiteln. Denn was ist mit den Genossinnen und Genossen, die keinen Live-Stream schauen, nicht beim Parteitag sind – woher sollen sie die Informationen, ihren Handlungsrahmen beziehen? Wie sollen sie die Debatten führen und bewerten, ob der Weg der Partei der richtig ist? Wenn wir eine Mitgliederpartei sein wollen, müssen wir mit unseren Mitgliedern diskutieren und ihnen aber auch Ideen, die diskutiert werden können an die Hand geben.

---

<sup>1</sup> Der Beitrag zur Programmdebatte „Die Politik der Linken – Politik um Zeit“ versuchte sich dabei an einer feministischen modernen linken Erzählung für das Programm der Partei ([http://www.die-linke.de/fileadmin/download/programmdebatte/110325\\_sachsen\\_feminismus\\_eroeffnung.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/programmdebatte/110325_sachsen_feminismus_eroeffnung.pdf)). Der entsprechende Antrag für eine „Feministische Eröffnung“ des Erfurter Programms lag dem Parteitag zum Beschluss vor ([http://www.die-linke.de/fileadmin/download/programmdebatte/110325\\_sachsen\\_anlage\\_feminismus\\_eroeffnung.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/programmdebatte/110325_sachsen_anlage_feminismus_eroeffnung.pdf)). Die Zeitschrift LUXEMBURG veröffentlichte zur Vier-in-Eins-Perspektive im November 2011 ein Gespräch mit Frigga Haug: <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/vier-in-einem-perspektive-kompass-fur-die-politische-praxis/>

<sup>2</sup> Crowdsourcing als Weiterentwicklung des Outsourcings und die Folgen für die digitale Arbeitswelt durch die Entstehung eines neuen Niedriglohnssektors jenseits des Fließbandes der Arbeitswelt des vergangenen Jahrhunderts thematisierte so Sebastian Strube in Standpunkte 2/2015. Abrufbar hier: <http://www.rosalux.de/publication/41083/die-entstehung-des-digitalen-prekariats.html>

<sup>3</sup> Alexandra Manske thematisierte in einem Beitrag zum Symposium „Krise als Symptom“ den Wandel und das Beharren der Geschlechterverhältnisse vor dem Hintergrund der sich wandelnden Arbeitswelt und stellt fest, dass sich die von der industriegesellschaftlich geprägten Geschlechterverhältnisse in Auflösung befinden. Traditionelle Geschlechternormen und -verhältnisse werden offenbar brüchig, Macht- und Herrschaftsverhältnisse werden neu gemischt, ohne dass alte Strukturen komplett aufgebrochen würden. Abrufbar hier: <http://www.rosalux.de/publication/37392/die-neu-erfindung-der-arbeitsgesellschaft.html>

<sup>4</sup> Judith Dellheim diskutiert so beispielsweise die Degrowth-Position aus einer sozialistischen Perspektive. Abrufbar hier: <http://www.rosalux.de/publication/40755/challenging-capital-oligarchies.html>

<sup>5</sup> Das Ziel des Projekts ist es, Entwürfe für eine Umgestaltung gesellschaftlicher Arbeitsverhältnisse im Sinne einer solidarischen Moderne zu entwickeln. Abrufbar hier: <https://www.solidarische-moderne.de/de/topic/141.projekte.html>

Genau im Kampf für die gemeinsame Vision einer solidarischen Gesellschaft wäre es auch zynisch, sich allein auf die Zuschauerrolle zu beschränken. Derzeit sind wir eher kritische Bewerterin von Prozessen, statt Akteurin zu sein. Wir bewerten herrschende Politik, sind symbolisch solidarisch, wenn es um die neu gewählte Regierung in Griechenland geht. Das ist wichtige Symbolik, aber unsere Rolle sollte sich nicht darauf beschränken. SYRIZA macht vor, dass man mit Mut auch Dinge bewegen kann, Denkmuster durchbrechen kann, authentisch sein kann, eine Idee von der Zukunft eines Landes haben kann. Und wenn wir von einer europäischen Bewegung sprechen wollen, wie sie am Wahlabend proklamiert wurde - auch von VertreterInnen unserer Partei -, dann haben wir Aufgaben: Debatten anzustoßen und an bestehenden gesellschaftlichen Debatten teilzuhaben.

Wo es möglich ist, die alltägliche Situation der Menschen tatsächlich zu verbessern, da müssen wir auch für diese Verbesserungen kämpfen. Wir haben einen täglichen Gebrauchswert. Wir sind aber eine sozialistische Partei. Und genau deshalb müssen wir den alltäglichen Kampf um die Verbesserung der alltäglichen Situation der Menschen im Hier und jetzt verknüpfen mit dem Einsatz für unsere über die Grenzen des kapitalistischen Systems hinausweisende Vorstellungen des Zusammenlebens.

Nennen wir es: Sozialismus.